

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 2/2009

26. Feber 2009

Der Nationalrat hat sich in seiner heutigen Plenarsitzung den Herausforderungen der aktuellen Wirtschaftslage gestellt. Die Stärkung des heimischen Arbeitsmarktes und die Konkurrenzfähigkeit der Austrian Airlines zählten zu den wichtigsten Themen der heutigen Sitzung. Über diese und weitere Beschlüsse möchte ich Dich/Sie mit diesem Rundschreiben in zusammengefasster Form informieren.

Möglichkeiten für Kurzarbeit werden ausgeweitet

Ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Arbeitsmarktes ist die Neuordnung der Kurzarbeit. Künftig ist Kurzarbeit bis zu 18 Monate möglich, in besonderen Fällen auch länger. Bisher war die Dauer in den meisten Fällen mit sechs Monaten limitiert, nur in Ausnahmefällen war Kurzarbeit bis zu einem Jahr möglich. Den betroffenen Arbeitnehmern muss für die entfallenden Arbeitsstunden eine Unterstützung zumindest in der Höhe jenes Anteiles des Arbeitslosengeldes gewährt werden, der der Verringerung der Normalarbeitszeit entspricht. Während der Kurzarbeit darf der Beschäftigtenstand nicht reduziert werden. Auch die Möglichkeiten für Arbeitsstiftungen werden gesetzlich erweitert. Ihre Einrichtung soll nicht erst bei Insolvenz ermöglicht werden, sondern im Fall von wirtschaftlichen Schwierigkeiten in bestimmten Wirtschaftszweigen. Das gesamte arbeitsmarktpolitische "Paket" umfasst Mittel in der Höhe von 222 Millionen Euro.

Wir lassen die AUA nicht im Stich

Die Zukunft der AUA soll auch unter einem neuen Eigentümer gesichert bleiben. Der Zuschuss von 500 Millionen Euro, den der Nationalrat beschlossen hat, sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Konkret wird die ÖIAG ermächtigt, dem AUA-Käufer - also wohl der Lufthansa - die halbe Milliarde aus Beteiligungserträgen, Privatisierungsgewinnen oder Fremdkapital zur Verfügung zu stellen. Unser Ziel ist weiterhin, dass die AUA ein konkurrenzfähiges Unternehmen mit Sitz in Schwechat bleibt.

Witwen- und Witwerpensionen werden erhöht

Der Schutzbetrag bei Witwenpensionen wird rückwirkend mit 1. November 2008 um 3,4 % auf 1.671 Euro brutto erhöht. Auf einen solchen Schutzbetrag wird die Pension aufgestockt, wenn nach dem Ableben eines Ehegatten die Eigenpension plus Aktivbezüge und die Hinterbliebenenpension zusammengerechnet diese Marke nicht erreichen. Betroffen sind rund 5.200 Personen.

Neue Regeln für Rückzahlung des Kindergeld-Zuschusses

Der Zuschuss zum Kindergeld wird geändert. Eingeführt wird eine bis zum 1.1.2002 rückwirkende Anhebung der Einkommensgrenzen, ab denen eine Rückzahlung des Zuschusses fällig wird. Zudem endet die Rückzahlungspflicht künftig spätestens mit Ablauf des auf die Geburt des Kindes folgenden 7. Kalenderjahres und damit acht Jahre früher als bisher. Der Zuschuss zum Kindergeld beträgt rund 180 Euro monatlich für Alleinerzieher. Wenn sich das Einkommen erhöht, muss das Geld wie bei einem Darlehen zurückgefordert werden.

EU-Wahl am 7. Juni: Vereinfachter Modus für Briefwahl

Die Stimmabgabe per Brief für die EU-Wahl am 7. Juni wird vereinfacht. Es muss in Zukunft auf der Wahlkarte nicht mehr angegeben werden, wo, an welchem Tag und zu welcher Uhrzeit die Stimme abgegeben wurde. Eine eidesstattliche Erklärung des Wählers per Unterschrift reicht aus, mittels derer er erklärt, dass der Stimmzettel persönlich, unbeobachtet, unbeeinflusst und vor dem Schließen des letzten österreichischen Wahllokals ausgefüllt wurde. Auch die zwingende Übermittlung der Wahlkarte im Postweg entfällt. Diese kann zum Beispiel persönlich bei der Bezirkswahlbehörde abgegeben werden.

Klare gesetzliche Grundlage für Section Control

Die verkehrs- und datenschutzrelevanten Voraussetzungen für die abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung auf Österreichs Straßen werden nun in der Straßenverkehrsordnung verankert. Die "Section Control", wie sie auch auf der A2 über den Wechsel im Einsatz ist, kann demnach nur auf besonders gefährlichen oder unfallträchtigen Straßenabschnitten vorgenommen werden. Für Section Control, Radarboxen oder elektronische Abstandsmessungen werden Bestimmungen über die Verwendung und Löschung der aufgenommenen Daten eingeführt.

Heeres-Grundstücke werden verkauft

Die SIVBEG, eine Bundesgesellschaft zur Verwertung von Heeresimmobilien, ist vom Nationalrat mit der Verwertung von einer Reihe von Grundstücken in sieben Bundesländern beauftragt worden. Darunter befinden sich auch Grundstücke auf dem Gemeindegebiet von Pinkafeld.

Strafen in Finanzstrafverfahren können EU-weit eingehoben werden

Die Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen innerhalb der EU wird nun grenzüberschreitend möglich. Im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren können Strafen anderer EU-Staaten im Inland und Entscheidungen österreichischer Finanzstrafbehörden im EU-Ausland vollstreckt werden. Bisher sind administrative Strafentscheidungen der Finanz- und Zollbehörden vom bestehenden EU-Recht ausgenommen.

Bundesabgabenordnung gilt auch für Länder und Gemeinden

Die österreichische Abgabenverwaltung wird vereinheitlicht. Ab 1. Jänner 2010 gilt die Bundesabgabenordnung auch für die Erhebung von Landes- und Gemeindeabgaben. Sonderbestimmungen für die Länder gibt es nur noch in Ausnahmefällen.

Parlamentsführungen

Für die Organisation von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an allen Tagen außer Sonntagen möglich.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat